

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.85 Mk., bei Selbstabholung 1.25 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.05 Mk., für 1 Monat 1.35 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Geldpost unter Kreuzband monatlich 1.35 Mk. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 12 008.

Insertatskosten die 7 gespaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., bei Platzvorkauf 40 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtaufgabe 4. — Mk. jedes Taufend, bei Zellaufgabe 5. — Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Heftige Nahkämpfe nördlich Kemmel.

Entscheidende Tage für die Schweiz und Holland.

Der Krieg hat auch die neutralen Länder, vor allem die Schweiz und die Niederlande, in eine schwierige und noch immer schwieriger werdende Situation gebracht. Ihre wirtschaftliche Lage ist kaum geringer als die der kriegführenden Staaten, und die Gefahr, selbst mit in den Krieg verwickelt zu werden, schwebt dauernd über ihnen. Eben jetzt sind für die Schweiz wie für Holland wieder schicksalsschwere Tage hereingebrochen. Ihre Beziehungen zu den kriegführenden Staaten stehen vor neuen Entscheidungen. Die Handelsabkommen der beiden Länder mit Deutschland sind abgelaufen, lebhaftere Verhandlungen sind im Gange, um die Basis für die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen festzustellen.

Die Schweiz braucht ein Uebereinkommen mit Frankreich, um genügend Lebensmittel zu erhalten, ein Abkommen mit Deutschland, um Kohlen ins Land zu bekommen. Frankreich verlangt von der Schweiz umfangreiche Lieferungen von Holz zum Schiffbau; Deutschland widerspricht diesen Lieferungen und fordert außerdem für seine Kohlenlieferungen weitgehende finanzielle Gegenleistungen. Bei den Verhandlungen über die Verlängerung des Handelsabkommens hat es darauf verzichtet, die Fortsetzung des Exportes zu fordern, das bis dahin die Schweiz im Interesse der deutschen Volkswirtschaft zu gewährleisten hatte. Dafür soll die Schweiz vom 1. Mai an für seine Kohle den doppelten Preis bezahlen. Damit würde der Kohlenpreis auf das Siebenfache des Friedenspreises steigen. Bedenkt man, daß diese Preissteigerung zu einer Mehrbelastung der Bevölkerung von 55 Frank pro Kopf im Jahr führen muß, so wird man verstehen, mit welchen Gefühlen die Schweizer den Verhandlungen mit Deutschland gegenüberstehen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat sich vor kurzem recht bitter darüber beschwert, daß die öffentliche Meinung in der Schweiz im allgemeinen Deutschland gegenüber eine so unfreundliche Haltung zeige, und sie hat auf das Opfer hingewiesen, das Deutschland tatsächlich mit der Abgabe von Kohlen an ein anderes Land bringe. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß diese Vorwürfe dazu beitragen könnten, die Stimmung in der Schweiz günstig zu beeinflussen. Eher wird es Anerkennung finden, daß Deutschland erklärt hat, die für die Schweiz bestimmten Getreideschiffe sollten freie Fahrt haben, auch wenn sie die feindliche Flagge führen, sofern sie nur daneben noch die schweizerischen Farben zeigen.

Sind die Verhandlungen mit der Schweiz in jedem Falle — bis jetzt wenigstens — ohne gefährliche Zuspitzung verlaufen, so ist das Verhältnis zwischen Holland und Deutschland in den letzten Tagen sehr ernst geworden. Die Evening Standard wußte sogar schon von einem Ultimatum an Deutschland an Holland zu berichten, in dem die Annahme einer Reihe für die künftige Politik Hollands entscheidender Forderungen verlangt werde. Das offizielle deutsche Regierungsblatt hat dieser englischen Klammeldung ein Dementi entgegengesetzt. Die Presse des holländischen Gesandten von Berlin nach dem Haag zur besonderen Berichterstattung, Erklärungen, die der holländische Minister des Auswärtigen am 25. April in der Ersten Kammer abgab, endlich die vom selben Tage datierte Meldung, daß im Meer und der Flotte der Niederlande kein Unruhe mehr erteilt würde, lassen weiter erkennen, wie bedenklich sich die Dinge hier entwickelt haben.

Um was es sich bei den deutsch-holländischen Differenzen handelt, ist nicht ganz leicht erkennlich. Mehrere Fragen greifen dabei ineinander. Auf der einen Seite muß Holland daran liegen, daß Deutschland keine Schwierigkeiten bereite, wenn es jetzt zwischen der holländischen Regierung und Amerika zu der geplanten Uebereinkunft kommt, wonach Amerika jeweils eine bestimmte Anzahl der beschlagnahmten holländischen Schiffe mit Getreide beladen nach Holland schickt, wenn gleichzeitig ebensoviel holländische Schiffe aus den Heimathäfen auslaufen, um nach Amerika zu fahren. Auf der andern Seite fordert augenscheinlich Deutschland für seine künftigen Lieferungen an Kohlen usw. nach Holland Gegenstände, bei deren Bewährung Holland beschreiben muß, mit der Entente Schwierigkeiten zu bekommen. Es sind das Wünsche auf finanzielle Gegenleistungen und Ausführbewilligungen, möglicherweise auch Forderungen, die sich auf die Rheinschiffahrt beziehen (ein heftiger Artikel der Kölnischen Zeitung gegen die niederländische „Einschnürungspolitik“ gegenüber der Rheinschiffahrt durch Zollmaßnahmen und andres kann darauf schließen lassen), insbesondere die Forderung freier Durchfuhr bestimmter Güter. Der Evening Standard wollte wissen, daß Deutschland auch Protest erhebe gegen die ungenügenden Maßnahmen Hollands bei der Be-

schlagnahme seiner Fahrzeuge in amerikanischen Häfen. Darin wird man eine Uebertreibung sehen können. Die Seeflotte bleibt democh ernst genug.

Holland hatte ursprünglich die Durchfuhr nach den von Deutschland besetzten Gebieten zugelassen. Dann erhob die Entente Widerspruch dagegen; Deutschland behauptet auf der Rechtmäßigkeit seiner Transporte, aber es ließ sich doch bewegen, vorerhand von weiteren Sendungen auf dem angebotenen Wege abzusehen. Wenn es jetzt die Forderung wieder aufnimmt, daß ihm die Durchfuhr gestattet werde, so bringt es die holländische Regierung in eine schwierige Situation.

Als den deutschen Standpunkt bezeichnet die niederländische Zeitung Het Vaderland die folgende Auffassung:

Deutschland hat nach den Abmachungen ein Recht auf die Durchfuhr, und es besteht darauf, daß Holland das nicht behindert. Geht Holland ihm ein solches Recht auch nicht zu, dann verlangt Deutschland wenigstens, daß es nicht anders behandelt werden soll als die Entente. Gegenüber der Entente, die Holland seine Schiffe genommen hat, begnügt es sich mit einem Protest. Es begnügt sich dann auch mit einem Protest gegenüber der Durchfuhr, die Deutschland verlangt und die, angenommen selbst, daß sie die Neutralität der Niederlande verletze, das doch bei weitem nicht in dem Maße ist, als der Gebrauch der holländischen Schiffe für die Uebertreibung von Truppen und Kriegsmaterial aus Amerika nach Europa.

Het Vaderland, das so viel Verständnis für die deutsche Auffassung zeigt, vermag sie gleichwohl nicht zu billigen. Es springt in die Augen, daß die beschlagnahmten Schiffe unter amerikanischer Flagge führen und deshalb rechtlich keine niederländischen Fahrzeuge mehr wären, während die Durchfuhr über unzweifelhaft holländisches Gebiet gehen müßte.

Was die Beschlagnahme der holländischen Schiffe durch die Entente betrifft, so hat diese gewiß in Holland sehr viel böses Blut gemacht. Aber es fehlte doch auch nicht an Stimmen, die die Ansicht äußerten, daß Amerika nach dem geltenden Völkerrecht berechtigt gewesen sei, die Beschlagnahme durchzuführen. Es blieb nicht ohne Eindruck, wenn beispielsweise eine Zuschrift an das Allgemeine Handelsblatt darauf hinwies, daß im Jahre 1912 gerade ein deutscher Kenner des Völkerrechts, Dr. G. Albrecht, in einer Studie: „Requisitionen von neutralen Privateigentum, insbesondere von Schiffen, einen Standpunkt vertreten habe, der das Verhalten Amerikas durchaus zu rechtfertigen geeignet sei. Die Redaktion des Allgemeinen Handelsblatt erklärte geradezu, daß danach die von ihr gebrauchten Worte wie „Raub“ und „Diebstahl“ zurückgenommen werden müßten, wenn sie auch daran festhielt, daß die Ausübung des formal einwandfreien Rechts durch Amerika gegenüber Holland eine durchaus unfreundliche, verurteilenswerte Handlung wäre. — Die Tatsache der Beschlagnahme hätte gewiß noch tiefer und nachhaltiger in Holland gewirkt, wenn die deutsche Politik es zu verstehen gewußt hätte, sich ein wenig freundlichere Stimmung in Holland zu schaffen. Aber das war nicht der Fall. Leider hat das Auftreten im Osten und das immer deutlicher werdende Begehren nach Annexionen auch im Westen, nur das Mißtrauen noch verstärkt, das in Holland geweckt worden ist.

Eine Stimmung, die Beschlagnahme der holländischen Schiffe durch die Ententestaaten damit zu beantworten, daß man jetzt Deutschland offenkundig begünstigt, ist in Holland höchlich nicht entstanden. Der gute Wille ist zweifellos da, alles zu vermeiden, was einen Bruch mit der Entente herbeiführen oder auch nur mit Amerika reizen könnte. Von der Gefahr kriegerischer Verwicklung ganz abgesehen, droht das Gespenst des Hungereris allen handelspreislich dem Lande. Auch ein Eingehen auf die deutschen Forderungen könnte aber schon zu einem Bruch mit der Entente führen. So versteht man es, wenn der Minister des Auswärtigen am 25. April erklärte, daß es sich bei diesem Verlangen um eine „schwere“ Angelegenheit handle.

Man braucht noch nicht anzunehmen, daß es zum Schlimmsten kommt. Von „gut unterrichteter“ Seite wurde dem Korrespondenten des Allgemeinen Handelsblatt in Berlin noch am 25. April mitgeteilt, daß die Verhandlungen über den Abschluß des neuen Abkommens sich günstig entwickelten. Aber es befindet sich eben noch alles in der Entwicklung. . . .

Leider tragen manche deutsche Blätter durch ihre Art und Weise, gegen die neutralen Länder zu gehen, nicht wenig dazu bei, die Schwierigkeiten zu erhöhen. Bei Russen erregte es, daß vor wenigen Tagen auch in der Germania, die ja in Beziehungen zum jetzigen Reichskanzler steht, ein Artikel erschien, aus dem man etwas wie eine Erziehung gegen die Neutralen herauslesen konnte. Es wird darin der holländischen Regierung der Rat zu verkündet, pollem Eingehen auf die deutschen Vorschläge gegeben. . . .

England und Amerika werden dann freilich mit der Behauptung kommen, daß Deutschland zu viel geboten sei, und sie werden mit neuen Ansprüchen an die Haager Regierung herantreten. So wird sich das Schicksal der Niederlande und vielleicht auch der Schweiz, wenn der Krieg noch lange dauert, am Ende dem Punkte nähern müssen, wo es sich nicht mehr um die Frage der großen oder geringen Begünstigungen der Kriegführenden handelt, sondern um eine gründliche Schwelung in das eine oder das andre Lager. . . . Wenn Holland nun unentzerrbar sich für die eine oder die andre Partei entscheiden muß, so möge es die Reichen der Zeit verstehen und an die sich halten, auf deren Seite die Erfolge und die Siege und dementsprechend auch die entscheidenden Worte auf der Friedenskonferenz sind.

Bezeichnend ist, daß diese Auffassungen nicht nur in Holland, sondern auch in der Schweiz weithin herrschen. Die Basler Nationalzeitung nennt eine solche Sprache „brennlich in einem Augenblick, wo die Schweiz mit Deutschland über ein neues Wirtschaftsabkommen verhandelt.“

Es ist ja wohl richtig, daß es die weltgeschichtliche Entwicklung den Neutralen immer schwerer macht, ihre Neutralität aufrechtzuerhalten. Aber das sollte allen Teufen doch nur der Kersch sein, um so vorsichtiger alles zu vermeiden, was wie ein Druck zur direkten Stellungnahme für die eine oder andre Partei empfunden werden könnte. Es wäre entsetzlich, wenn noch mehr Völker in das fürchterliche Ringen hineingezogen werden sollten. Möchte statt dessen lieber recht bald aus den neutralen Staaten eine Bewegung erwachsen, die den Kriegführenden wieder den Frieden bringt!

Der deutsch-russische Friede auf dem Moskauer Sowjetkongress.

Von H. Stein.

Der Ratifizierung des deutsch-russischen Friedensvertrages ging die Erörterung dieser Frage auf dem außerordentlichen Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Moskau voraus, der speziell für diesen Zweck zum 14. März einberufen worden war. Der Anfang dieses Kongresses war freilich für niemand zweifelhaft, nachdem die kurz vorher stattgefundene Konferenz der Bolschewikpartei (die sich jetzt Kommunistische Partei Russlands nennt) sich für Annahme des Vertrages ausgesprochen hatte. Dennoch bieten die Verhandlungen dieses Kongresses außerordentlich viel des Interessanten, da sie Einblick gewähren in die jetzigen Absichten der bolschewistischen Politik wie in die Beweggründe jener Parteien, die als starke Minderheit den Bolschewiken auf dem Kongress gegenübertraten und die Ablehnung des Friedensvertrages forderten.

Bei der Wiederabgabe der Verhandlungen, die zwei Tage währten, müssen wir uns leider auf das allernotwendigste beschränken. Der nachstehende Bericht enthält deshalb nur eine kurze Skizzierung des Gedankenganges der Parteiführer. Der eigentliche Debatte ging ein Bericht Tschitscherins, eines Mitglieds der russischen Delegation in West-Eitowil, über den Inhalt des Friedensvertrages voraus. Er betonte, daß von Verhandlungen in West-Eitowil keine Rede sein könne. Die Friedensbedingungen seien vielmehr der unterlegenen Seite gewaltiam diktiert worden. Die russische Delegation habe deshalb vor Unterzeichnung des Vertrages die Erklärung abgegeben, sie nehme alle diese Bedingungen ohne welche Erörterung an. Außerdem habe sie besonders Protest erhoben gegen den neuen Punkt der Friedensbedingungen, der die Abtrennung der Bezirke Karz, Datum und Ardahan von Rußland betrifft.

In seinen weiteren Mitteilungen erwähnt Tschitscherin u. a., daß die während des letzten deutschen Vormarsches besetzten Gebiete (Wlwa, Dwinil usw.) bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens und der völligen Demobilisierung der russischen Truppen befreit bleiben würden.

Als eigentlicher Berichterstatter zur Friedensfrage tritt im Namen der Regierung Lenin auf. Er entwirft ein Bild des bisherigen Verlaufes der russischen Revolution, die auf ihrem Höhepunkte das Werk der Pariser Kommune fortsetze und in Gestalt der Sowjetorganisation die vollendetste Form der staatlichen Organisation geschaffen habe. Diese Revolution ist nun mit einem übermächtigen Gegner zusammengeprallt und im ungleichen Kampfe unterlegen. Die Niederlage ist unerhört schwer, die Revolution zweifellos zurückgeworfen, um so wichtiger aber ist es, wenn auch nur einen Teil der eroberten Positionen zu erhalten, bis Hilfe kommt. Von leichten Siegen und Triumpfen im Innern ist die Revolution in eine Periode schwerer Niederlagen eingetreten, die ihr der Weltimperialismus zugeführt hat. Kann das arbeitende Volk Rußlands ihm jetzt Widerstand leisten? Wie die Dinge sich gestaltet haben, ist

* Bei Beginn der Verhandlungen waren laut den Beschlüssen 1084 Delegierte anwesend, davon 732 Bolschewiki, 288 links Sozialrevolutionäre, 14 Anarchisten, 24 Menschewiki, 16 Internationalisten, 15 Sozialrevolutionäre (Zentrum), 24 Maximilianer, 3 ukrainische Sozialrevolutionäre, 18 Wilde. Bei der Abstimmung über den Friedensvertrag, die am 15. März erfolgte, war die Zahl der stimmberechtigten Delegierten auf 1180 gesunken.